**MDR -STIMME SOLL TOT GEMACHT WERDEN**

*Doris Pumphrey, Auszug aus meinem Brief vom 23.Januar an den MDR zum* [*Kommentar von Rommy Arndt*](https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrichtenradio/audio/audio-2236020.html)*:   
Im MDR gab es am 19. Januar um 19:35 einen kurzen Augenblick, in dem eine Stimme ertönte, die man in diesem Land in den Öffentlich-Rechtlichen nicht mehr für möglich gehalten hatte:* **Rommy Arndt** *sprach das aus, was sehr viele in unserem Land denken. Sie wagte, was in diesem Land bereits kriminalisiert wird: Zu erwähnen, dass es eine deutsche Vorgeschichte in Bezug auf Russland, bzw. die Sowjetunion gibt. Auch wenn hierzulande von Politik und Medien alles getan wird, um diese Geschichte nicht nur vergessen zu machen, sondern sie umzuschreiben: Deutsche Panzer sind ein Symbol des Raub- und Vernichtungskrieges, der in der Sowjetunion 27 Millionen Tote und verbrannte Erde hinterließ. Sie sind und bleiben Teil des kollektiven Gedächtnisses Russlands. (…)*

**Eingabe zum MDR-Kommentar „Soll Deutschland schwere Kampfpanzer**

**an die Ukraine liefern?“**

Veröffentlicht am [24. Januar 2023](https://publikumskonferenz.de/blog/2023/01/24/eingabe-zum-mdr-kommentar-soll-deutschland-schwere-kampfpanzer-an-die-ukraine-liefern/) von [Maren Müller](https://publikumskonferenz.de/blog/author/maren/)

An  
Mitteldeutscher Rundfunk  
Leipzig

Frau Intendantin Wille  
Frau Chefredakteurin Krittian  
Frau Hauptabteilungsleiterin Giese  
und an die Autorin Frau Arndt

Per E-Mail

Kommentar „Soll Deutschland schwere Kampfpanzer an die Ukraine liefern?“  
MDR AKTUELL Do 19.01.2023, 19:35 Uhr  
[https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrich … 36020.html](https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrichtenradio/audio/audio-2236020.html)

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schlimm genug, dass dieser Kommentar eine seltene Ausnahmeerscheinung im medialen Geheule der Kriegstreiber war, der selbsternannten politischen und medialen Repräsentanten der Rüstungsindustrie, die fordern, nun endlich auch Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern, damit das Menschen schlachten dort noch eine Weile weitergehen kann. Schlimm ist aber auch, dass der MDR und seine redaktionell Verantwortlichen eine deutliche Meinungsäußerung gegen Krieg und Kriegsgeschrei nicht als bare Selbstverständlichkeit ansehen (trotz des Medienstaats-Vertrags, Präambel Abs. 2, sowie §§ 3 und 6, „…der Meinungsbildung und Meinungsvielfalt verpflichtet…“)

Ein Kommentar, entsprechend gekennzeichnet, ist als eine Meinungsäußerung frei und nicht zu beanstanden, wenn er nicht gegen Gesetze verstößt (wovon im hier gegebenen Fall keine Rede sein kann). Die MDR-Chefredaktion meint hingegen, diese Freiheit sei nicht unbegrenzt, sondern unterfalle „unseren“ journalistischen Qualitätskriterien (???)

Nach der Sendung des Kommentars erklärte die MDR-Chefredaktion:

„…Die Vielfalt von Perspektiven und Meinungen in einer Gesellschaft breit und differenziert abzubilden, ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags. …Gleichwohl sieht die Chefredaktion bei diesem Kommentar unsere journalistischen Qualitätskriterien bzgl. der Äußerungen zu der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Frau Strack-Zimmermann, nicht ausreichend berücksichtigt. Wir werden dies in der Redaktion auswerten.

„Aus Gründen der Transparenz haben wir uns entschieden, den Kommentar nicht zu bearbeiten.“

Wie großartig, dieses Höchstmaß an „Transparenz“! Da müssen wir nun wohl alle die Hände zusammenlegen und beten: Lieber MDR, wir danken dir, dass wir das noch erleben durften?

Zu den „journalistischen Qualitätskriterien“ gehört nach Ansicht der Chefredaktion, dass der der Autor/die Autorin eines Kommentars gegen Waffenlieferungen an die Ukraine die Äußerungen der parlamentarischen FDP-Rasierklinge und Rheinmetall AG-Lobbyistin Strack-Zimmermann allenfalls mit Wattebäuschchen bewerfen darf, anstatt diese Brandstiftung unmissverständlich zu kritisieren. Hier die fragliche Stelle im Kommentar:

„Die meist in Grau gekleidete Frau spricht in Interviews schon mal von Bundeswehrsoldaten, die demnächst, so wörtlich,’in die Schlacht, in den Krieg ziehen könnten, um europäische Werte zu verteidigen.“

Die Chefredaktion meint anscheinend, dass eine Politikerin nicht mit nur einem einzigen ihrer vielen dokumentierten agitatorischen Sprüche zitiert und abgemalt werden dürfe; dass Kritik an ihr nicht für sich stehen könne und ohne begleitendes kompromisslerisches „sowohl als auch“ im Kontext unzulässig sei. Dafür, dass die Chefredaktion im vorliegenden Fall nicht nachträglich in den Text eingreift und die Aussage weichspült, sondern sie in der Originalfassung stehen ließ, klopft sie sich sogar noch selbst auf die Schulter: „aus Gründen der Transparenz“…. Sie merkt anscheinend nicht mal mehr, welche Blöße sie sich damit gab.

Der Vorgang ist meilenweit entfernt von der freiheitlichen Idee, die im angeblichen Voltaire-Satz literarisches Format fand: „Ich teile Ihre Meinung nicht, mein Herr, aber ich würde mein Leben dafür geben, dass Sie sie äußern können“.

Von freiheitlich geprägter Diskussionskultur kann in unserem Land allerdings längst keine Rede mehr sein. Hier wird jeder zum medialen Freiwild, der die bis ins Mark korrupte Rest-Ukraine (s. Stellungnahmen des Europäischen Rechnungshofes), dieses neonazistisch durchseuchte Staatsgebilde [(„Russen sind Untermenschen, auf die darf man schießen“)](https://de.euronews.com/2018/11/13/ukrainische-ferienlager-schiesst-auf-alle-separatisten)mit seinem autoritären, Bandera- und SS-affinen Steuerhinterzieher Selenskyj nicht für eine Bastion der abendländischen Demokratie hält, die vor dem Ansturm von „Putins Horden“ zu schützen, mit Milliarden von Euro zu schmieren und mit Waffen für die Front sowie vor allem für den ukrainischen Schwarzmarkt zu beliefern sei.

Noch ist, zum Glück, die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland resistent gegenüber der üblen Meinungsmache der Medienmonopole. Der Dauerpropaganda des staatsfromm-regierungskonformistischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist sie noch nicht zum Opfer gefallen. Noch gibt es eine Mehrheit gegen alle Waffenlieferungen an die Ukraine. Noch erinnert sich eine Mehrheit, dass Deutschland seit Generationen in Russlands Schuld steht und es sich nicht umgekehrt verhält. Trotz Strack-Zimmermann, Baerbock, Habeck, Hofreiter und Konsorten sowie deren journalistischer Bannerträger im öffentlich-rechtlichen Propaganda-Apparat ist eine Mehrheit gegen das martialische Geschrei. Die Autorin des genannten Kommentars hat dieser Mehrheit ausnahmsweise einmal eine Stimme gegeben. Dafür ist ihr zu danken.

Die redaktionell Verantwortlichen des MDR legen stattdessen offenkundig Wert darauf, dass sich der Sender konform mit den Kriegshetzern im Reichstag äußert und, wenn überhaupt, nicht zu doll wider den Stachel löckt. Der ideelle Bruch mit den Bestimmungen des Medienstaatsvertrages bei der Setzung „Qualitätsjournalismus vs. Meinungsäußerungsfreiheit“ ist unübersehbar. Auch beim MDR wird eben nicht Chefredakteur bzw. Chefredakteurin, wer nicht strikt im Sinne der „herrschenden“ Meinung agiert.

Zumindest der MDR-Rundfunkrat ist gefordert, seines Amtes zu walten und gegen diesen Trend einzuschreiten.

Höflich grüßt  
Volker Bräutigam

**Update von Friedhelm Klinkhammer**

Wenn man an dem Arndt-Kommentar überhaupt etwas kritisieren wollte, dann die Bemerkung

„…dass Deutschland nach fast 78 Jahren Frieden wieder Krieg befürchten muss“.

Bei allem Respekt vor der Zivilcourage der Autorin, hier übersieht sie, dass Deutschland vor 25 Jahren zum Krieg gegen Rest-Jugoslawien agitierte und sich dann massiv daran beteiligte. Bundeswehr-Tornados bombardierten damals auch zivile Ziele, unbestreitbar ein Kriegsverbrechen.

<https://publikumskonferenz.de/blog/2023/01/24/eingabe-zum-mdr-kommentar-soll-deutschland-schwere-kampfpanzer-an-die-ukraine-liefern/>

Der deutsch geführte NATO-Angriff war eindeutig auch ein Völkerrechtsbruch, wie selbst Altkanzler Schröder später bräsig zugab, als ihm wegen dieses Verbrechens niemand mehr an die Karre fahren konnte.

*Zum Thema***"Soll Deutschland schwere Kampfpanzer an die Ukraine liefern? "***sprach im MDR am 19. Januar die Nachrichtenmoderatorin Rommy Arndt einen für dieses Land in diesen Zeiten ungewöhnlichen Kommentar.* *Hier zum Nachhören:*<https://www.mdr.de/mdr-aktuell-nachrichtenradio/audio/audio-2236020.html>

*Nach der Ausstrahlung des Kommentars gab die MDR-Chefredaktion folgende Erklärung ab:    
Zu diesem Kommentar erreichen uns eine Vielzahl an Rückmeldungen.   
Panzer-Lieferungen werden von vielen Menschen bundesweit und von einer Mehrheit im Osten Deutschlands abgelehnt (Quelle: Infratest/dimap). Viele Menschen ängstigt der Krieg in der Ukraine und mögliche Folgen.  
Die Vielfalt von Perspektiven und Meinungen in einer Gesellschaft breit und differenziert abzubilden, ist ein wichtiger Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags.  
Dazu zählen neben diesem Kommentar kontinuierlich Formate und Inhalte auf all unseren Ausspielwegen, die sich sehr differenziert mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine auseinandersetzen.  
Gleichwohl sieht die Chefredaktion bei diesem Kommentar unsere journalistischen Qualitätskriterien bzgl. der Äußerungen zu der Vorsitzenden des Verteidigungsaussschusses, Frau Strack-Zimmermann, nicht ausreichend berücksichtigt. Wir werden dies in der Redaktion auswerten.  
Aus Gründen der Transparenz haben wir uns entschieden, den Kommentar nicht zu bearbeiten.*----------------------------------------------------------------------- **ÖRR-Kommentar schert aus Kriegstreiberfront aus***schreibt Thomas Oysmüller am 21.1.23 im österreichischen Redaktionsnetzwerk tkp****:***<https://tkp.at/2023/01/21/oerr-kommentar-schert-aus-kriegstreiberfront-aus/>**:**

**Vor allem die Leitmedien treiben die EU immer weiter in einen offenen Krieg gegen Russland. Eine Mainstream-Journalistin ist nun aus der Front der Kriegstreiber ausgeschert und sprach im MDR überraschend deutliche Worte.**   
  
Wer die Debatte zu Waffen- und Panzerlieferungen in die Ukraine genau verfolgt, kann den Eindruck haben, dass die Medien die Politik vor sich hertreiben würden. Kein Schritt weiter Richtung offenem Krieg gegen Russland ist der Mainstreampresse, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und privaten Leitmedien genug. Aus der Einheitsfront der Kriegstreiber scherte am Freitag eine Journalistin des „MDR“ aus. Endlich.   
  
**Deutschland natürlich Kriegspartei**Die Nachrichtensprecherin Rommy Arndt des Mitteldeutschen Rundfunks sprach in einem Kommentar deutliche Worte. Dafür, dass der Kommentar im öffentlich-rechtlichen Rundfunk erschienen ist, sind es unfassbar deutliche Worte, die Arndt findet.   
  
Einige Auszüge der Rede:   
  
*„So werden die Grenzen des Denkbaren, Sagbaren und Machbaren immer weiter verschoben. Am Anfang ging es noch kurz um die Frage, ob Deutschland überhaupt Waffen liefern soll in ein Kriegsgebiet. Inzwischen sind wir bei schweren Kampfpanzern. Deutschland, das Land das in Russland im Zweiten Weltkrieg so viel Leid und Zerstörung angerichtet hat, dieses Land soll jetzt Kampfpanzer an die Ukraine liefern gegen Russland. Und dann wird auch noch behauptet, dass wir dadurch doch nicht zur Kriegspartei würden. Wie bitte? Natürlich betrachten uns die Russen als Kriegspartei, wenn wir Kampfpanzer liefern.“*   
  
*„Wie im Schlafwandel tappt Deutschland immer weiter rein in die Gefahr, wird täglich näher herangeführt ans Kriegsgeschehen – und merkt es nicht. Es macht mich wütend und fassungslos, wie mit unserem Leben gespielt wird.“*   
  
*„Diese Bundesregierung hat geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Was sie tut, ist das Gegenteil davon. Das Land in einen Krieg hineinzutreiben ist der größte Schaden, den Politik überhaupt anrichten kann.“*  
  
*„Ich bin seit Monaten nur noch entsetzt und empört, wie leichtfertig in diesem Land über Fragen von Krieg und Frieden gesprochen wird.“*   
  
*„Politiker der einstigen Friedenspartei der Grünen rasseln neuerdings die Waffengattungen herunter, als wären es bedrohte Fledermausarten.“*  
  
**Kriegstreiber empört**Es dauerte nicht lange, bis Journalisten und „Experten“ einen Shitstorm gegen die Kolleginnen entfachten. Ein „unfassbarer Kommentar“ sei auf „MDR“ erschienen, sagt etwa Ilko-Sascha Kowalczuk: *„5 Minuten Anti-Ukraine Wagenknecht- und Kremlsprech in einer menscheinfeindlichen Propagandasprache, die wütend und fassungslos macht“*, sagt der Historiker und Publizist.   
  
Mathias Meisner legt dann nach: *„Ein Blick in den Twitter-Kanal von Rommy Arndt genügt: Hier ist nicht nur eine Kreml-Propagandistin am Werk, sondern auch eine Corona-Verharmloserin. Es wäre spannend zu wissen, was MDR dazu denkt.“*   
  
Arndt hat offensichtlich ein Gedankenverbrechen begangen. Und dann noch dazu im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.   
(…)

Kommentar zum Obigen von Brigitte Queck:

Schon lange gibt es in Deutschland keine Meinungsfreiheit mehr, obwohl die führenden Politiker in unserem Staate nicht müde werden, zu behaupten, dass wir:

die beste Demokratie aller Zeiten hätten, die so die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen am 19.5.2022 in der ZDF- Sendung „maybrit illner“, von der Ukraine eindrucksvoll verteidigt wird.

Wie es um diese Werte, zu denen wohl die Meinungsfreiheit – dem höchsten Wert einer

Demokratie – gehört, in Deutschland bestellt ist, zeigt wohl das „beste Beispiel“ des Friedensaktivisten Heinrich Bücker, der am 22. Juni, dem Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941 – einer von der Friko Berlin im Treptower Park organisierten Gedenkfeier – sprach.

Auf Grund seiner Rede, die er im Rahmen dieses Gedenkens gehalten hat und einer Stellungnahme zum Russland-Ukraine-Konflikt ist ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Gemäß einem Schreiben des Berliner Landeskriminalamts vom 19. Oktober 2022, wurde er von einem Berliner Rechtsanwalt beschuldigt, eine Straftat begangen zu haben. Bezogen wird sich dabei auf den § 140 StGB „Belohnung und Billigung von Straftaten“. Dies kann mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Dies alles reiht sich ein in die schleichende Faschisierung in Deutschland und in den anderen NATO-Staaten > www. muetter-gegen-den-krieg-berlin.de und da unter „Faschisierung in Deutschland und den anderen NATO-Staaten schreitet voran“ und kulminierte mit der Abstimmung der UN-Generalversammlung am 4. November 2022, bei der alle NATO -Staaten- einschließlich Deutschland – gegen die UNO- Resolution gestimmt, die Nationalsozialismus, Neonazismus und Rassismus verurteilt.